attac

Rundbrief 04 / 16

G20-Gipfel 2017

Wir sehen uns in Hamburg!



Foto: Sascha Niethammer

Inhalt

1 EUR 50

In den letzten drei Jahren haben wir zusammen mit vielen Bündnispartnern eine große, breite Bewegung geschaffen, die die geplanten „Freihandelsabkommen" CETA und TTIP ablehnt. Die sieben Demonstrationen, die am 17. September 2016 320.000 Menschen auf die Straße gebracht haben, waren ein Riesenerfolg, haben aber auch viel Kraft gekostet.
Gerade in den letzten Monaten ist das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada in den Vordergrund der Auseinandersetzung gerückt. Auch dank unseres Widerstandes ist es vorläufig abgewendet. Aber die Auseinandersetzung ist noch nicht beendet. Wir werden bei TTIP und CETA einen langen Atem brauchen.
Auch das geplante Dienstleistungsabkommen TiSA ist schon weit verhandelt. Es ist nicht nur eine Bedrohung für die öffentliche Daseinsvorsorge, sondern gefährdet auch viele Lebensbereiche und fordert jetzt unseren Widerstand. Bilaterale Abkommen der EU mit Ländern in Afrika, Asien und der Karibik (EPAs) sind nicht nur wegen der Fluchtursachen für Attac ein wichtiges Thema. Und es gibt noch viele weitere aktuelle Verhandlungen, die von der EU geführt werden: mit den ASEAN-Staaten, Singapur, Vietnam, Malaysia, Thailand, Indien, Japan und mit einigen Ländern Lateinamerikas.
Gegen all diese Abkommen werden wir nicht einzeln kämpfen können. Für Attac war schon immer zentral, die globalen Zusammenhänge und geostrategischen Dimensionen solcher Verhandlungen grundlegend kritisch zu hinterfragen. Um den „Freihandel" aber wirkungsvoll bekämpfen zu können, brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte.
Am 1. Dezember 2016 übernimmt Deutschland die Präsidentschaft der G20. Das ist eine gute Gelegenheit, diese Debatte anzustoßen.
Am 7. und 8. Juli 2017 ist das G20-Gipfeltreffen in Hamburg geplant. Der Gipfel ist ein Forum der Mächtigen, um die internationale Wirtschaft im Sinne von alten Wettbewerbs- und Wachstumskonzepten zu koordinieren. Damit wir gesellschaftliche Spaltung und multiple Krisen überwinden können, brauchen wir jedoch neue, andere Ideen, keine alten Rezepte.
Globale, geostrategische Zusammenhänge von WTO- und „Freihandelslogik" und die Wirtschaftsinteressen der G20 sowie deren Zusammenspiel von Rivalität und Komplizenschaft gemeinsam zu denken, ist für Attac ein wichtiger Ansatz. Diese beiden Themen zusammen zu bringen, wird beiden Kampagnen nützen.

Roland Süß, Attac-Koordinierungskreis

www.attac.de/g20

Hochzeit mit katastrophalen Folgen

Der Agrarkonzern Bayer will Monsanto übernehmen



Foto: meine-landwirtschaft.de

Mitte September hat der Leverkusener Chemiekonzern Bayer die Übernahme des amerikanischen Agrarmultis Monsanto bekannt gegeben. Mit dem 66 Milliarden-Dollar-Deal will Bayer zum größten Anbieter für Saatgut und Pestizide werden. Bauern und Umweltschützer kritisieren diese Mega-Hochzeit. Warum, erklärt Jutta Sundermann, die früher im Attac-KoKreis war und heute bei „Aktion Agrar" Kampagnenarbeit für die Agrarwende macht.

Wie schätzt Aktion Agrar die Konsequenzen einer solchen Fusion ein?
Die großen Agrarkonzerne haben viel zu viel Macht. Schon heute hat das gravierende Folgen für die Artenvielfalt, für die Böden, für die Entscheidungsfreiheit der Bäuerinnen und Bauern, was sie anbauen und für vieles mehr. Seit einigen Monaten sind die größten Agrarchemie- und Gentechnikkonzerne regelrecht im Hochzeitsfieber. Derzeit sind Fusionen zwischen Bayer und Monsanto, zwischen Dow Chemical und Dupont/Pioneer sowie zwischen Chemchina und Syngenta in Vorbereitung. Auch aus demokratischer Perspektive sind die Dinosaurier katastrophal: Sie nutzen ihre enorme Macht, um z. B. Gesetze und Abkommen in ihrem Sinne gestalten zu lassen. Deshalb ist es nötig, diese Übernahmen zu stoppen.

Monsanto hat einen extrem schlechten Ruf. Warum holt sich Bayer so was ins Haus?
Monsanto hat sich seinen besonders schlechten Ruf ehrlich verdient – tatsächlich war Bayer aber nie viel weniger problematisch als Monsanto. Obwohl sogar viele Bayer-Aktionäre der Übernahme kritisch gegenüber stehen, passen die Konzerne besser zusammen, als man zunächst glauben würde.
Wo Monsanto Glyphosat hat, bietet Bayer Glufosinat an. Was bei Monsanto das Paket aus dem Giftmix „Round up" und gentechnisch verändertem Saatgut mit der Bezeichnung „Round up ready" ist, heißt bei Bayer „Liberty" und „Liberty link".
Beide Konzerne machen sich stark für industrialisierte Monokulturen, sammeln Patente auf Saatgut und nehmen Einfluss auf die Politik. Beide haben im Lauf ihrer Geschichte schreckliche Menschenrechtsverletzungen unterstützt, beiden wird eine ganze Zahl schwerer Umweltdelikte vorgeworfen. Bayer ist es bisher in vielen Konflikten lediglich besser gelungen, die Form zu wahren.

Müssen wir jetzt fürchten, dass das Glyphosat wieder in Europa zugelassen wird, weil es nun um den Profit eines europäischen Giganten geht?
Glyphosat ist auch aktuell nicht wirksam verboten, schon jetzt sind die Verfechter der industrialisierten Landwirtschaft auf allen Ebenen gegen das drohende Verbot aktiv.
Glyphosat dürfte für „Baysanto" besonders deshalb wichtig sein, weil sie es in Kombination mit dem manipulierten Saatgut verkaufen wollen. Allerdings ist Europa dafür (bis jetzt) nicht der Markt – und ein weltweites Verbot wird bisher nicht diskutiert. Das Gift selbst ist keine Gelddruckmaschine mehr. Das Patent, das Monsanto innehatte, ist schon seit einigen Jahren ausgelaufen, ein großer Anteil der glyphosathaltigen Produkte stammt aus anderen Chemiefabriken.

Und was machen die Kartellbehörden mit einer solchen Zusammenballung von Konzernmacht?
Wir fordern, dass die zuständige EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager die Fusion untersagt. Das läge in ihrer Macht. Ein Verbot wäre angemessen, denn „Baysanto" würde rund ein Drittel des globalen Saatgutmarktes kontrollieren und fast ein Viertel des weltweiten Pestizidmarktes. Dazu kommen Auflagen aus früheren Unternehmens-Übernahmen, die durch eine Fusion unwirksam gemacht werden würden.
Darüber hinaus brauchen wir ein weitergreifendes Kartellrecht: Die derzeitigen Bestimmungen sind nie dafür gemacht worden, die Macht der größten Konzerne wirklich zu begrenzen. Ein solches Instrument ist aber nötig, wenn wir sehen, wie die Realität heute aussieht: beim Saatgut, bei den Pestiziden, bei Medikamenten, beim Lebensmittelhandel, bei Betriebssystemen, Onlinehandel und in vielen Bereichen mehr.

Noch ist das Kind nicht in trockenen Tüchern. Was können wir dagegen unternehmen?
Aktion Agrar ruft – wie andere Organisationen auch – dazu auf, Druck auf die EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager zu machen. Und es gibt weitere Ansätze, wie wir die Konzernmacht zurückdrängen können: Die Bundesregierung muss aufhören, Bayer, Monsanto und andere Konzerne mit Forschungsförderung zu unterstützen. Aktuell liefern sich die Saatgutriesen einen Wettlauf um die Zucht von Hybridweizen. Der nutzt definitiv nur den Konzernen, weil er wenig Ertragssteigerung bringt und sich nicht für den Nachbau eignet. Das schafft zusätzliche Abhängigkeiten für Bäuerinnen und Bauern. Dabei wissen die Verantwortlichen, dass die Welternährung nicht durch kapitalintensive Agrarindustrie gesichert werden kann, sondern vielfältige dezentrale, bäuerliche Landwirtschaft braucht. Immer wieder zeigt sich, dass sogar bei den Erträgen pro Hektar vielfältige Mischkulturen und kluge Fruchtfolgen die Hochertragssorten der Konzerne schlagen. Steuergelder für die patentorientierte Laborforschung sind vor diesem Hintergrund rückwärtsgewandt und kontraproduktiv.

Interview: **Lena Bröckl**

www.aktion-agrar.de/kampf-den-giganten

Aufstand von rechts?

Überlegungen zu den Wahlerfolgen der AfD



Foto: Stephanie Handtmann

Die jüngsten Wahlerfolge der „Alternative für Deutschland“ (AfD) sind in der bundesrepublikanischen Parteiengeschichte beispiellos. Keine neue Partei holte bisher aus dem Stand mehrfach Stimmenanteile über 15 Prozent. Wer warum die AfD wählt, zählt daher gegenwärtig zu den meist diskutierten Fragen der deutschen Parteien- und Gesellschaftspolitik. Eine schlüssige Antwort darauf gibt es bisher nicht und kann es auch nicht geben. Denn noch ist die AfD eine Partei im Werden, eine Sammlungsbewegung für die verschiedensten Formen und Anlässe von Unzufriedenheit, Wut, Verbitterung, Protest und anderen Stimmungslagen. Die Wahlerfolge des Jahres 2016 unterscheiden sich von denen vorheriger Jahre. Dominierte damals die EU- und Euro-Rettungs-Politik, so ist es seit Herbst 2015 die Flüchtlingspolitik, Islamfeindschaft und „Überfremdungs“furor. Möglich, dass es im Sommer 2017 eine neue Wendung gibt. Bezeichnend ist: „Gefühlte Politik“ schafft sich ihren eigenen Wahrheitsraum und kümmert sich wenig um Fakten und grundgesetzliche Regeln für das Zusammenleben.

Was eint diese noch sehr bunte Sammlungsbewegung? Das Verbindende scheint das politische Bedürfnis zu sein, einen fundamentalen, reaktionären Richtungswechsel der deutschen Politik zu erzwingen: mehr Nationalismus und „nationale Interessen“-Politik, mehr gemeinschaftliche Identität, Homogenität und patriarchale Strukturen statt kosmopolitischer, universalistischer Vielfalt, Minderheitenschutz und Gleichstellung.

In der gesellschaftspolitischen Diskussion konkurrieren zwei Erklärungsansätze für die AfD-Erfolge. Im ersten Ansatz wird darauf verwiesen, dass es schon immer einen Anteil von 15 bis 25 Prozent der erwachsenen Bevölkerung gegeben habe, bei dem autoritäre, antidemokratische, fremdenfeindliche und chauvinistische Einstellungen gemessen wurden.

Bürger und Bürgerinnen mit rechten Einstellungen hätten sich bisher bei den beiden alten Volksparteien, auch bei PDS/Linkspartei im Osten sowie den kleineren Parteien ganz gut aufgehoben gefühlt, für die Wahlentscheidung seien andere Themen wichtiger gewesen. Ab dem Herbst sei aber die Flüchtlingspolitik für sie wahlentscheidend geworden und in der AfD hätten sie eine passende Partei gefunden.

Ein zweiter Erklärungsansatz verweist auf die wachsende soziale Ungleichheit, auf blockierte soziale Aufstiegsmöglichkeiten und auf Veränderungen in der Arbeitswelt, die den sozialen Status bedrohten und zu „Statuspanik“ führten. Oft wird von „sozial Abgehängten“ gesprochen, die von der guten wirtschaftlichen Lage nichts hätten, die Opfer der Globalisierung seien, die in bestimmten Stadtvierteln – als Beispiel dient gerne Mannheim – oder schrumpfenden Regionen – als Beispiel dient gerne Sachsen-Anhalt – sozialräumliche Prekarisierung erlebten. Tatsächlich verzeichnet die AfD in „sozialen Brennpunkten“ in Stadt und Land überdurchschnittliche Erfolge. Aber eben auch in Regionen, die als das Gegenteil gelten, in Gebieten, die von Ein- und Zweifamilienhäusern, geringer Arbeitslosigkeit und mittleren bis oberen Einkommenslagen geprägt sind.

Tatsächlich führt kein gerader Weg von einer bestimmten sozialen Lebenssituation zur Wahl einer bestimmten Partei. Entscheidend ist, wie die soziale Lage gedeutet wird und welche Handlungsalternativen gesehen werden.

Die Wählerschaft der AfD ist überwiegend männlich. Doch sie besteht nicht überwiegend aus Arbeitern und Arbeitslosen. Zwar wurde die AfD bei Wählerinnen und Wählern, die sich selbst als „Arbeiter“ oder „Arbeitsloser“ einstuften, in manchen Bundesländern stärkste Partei, jedoch gibt es keine Angaben darüber, wie viele Arbeiter und Arbeitslose sich überhaupt an der Wahl beteiligten. In der Regel sind es weniger als 50 Prozent. Die Mehrheit der AfD-Wähler zählt zu den Angestellten, in einigen Ländern sind auch Beamte stark vertreten.

Auffallend ist, dass die AfD regelmäßig deutlich unterdurchschnittliche Ergebnisse bei Wählern mit einer akademischen Berufsqualifikation erzielen und überdurchschnittliche bei jenen mit einem mittleren Schulabschluss bzw. Menschen, die über eine nichtakademische, eher klassisch duale betriebliche Berufsausbildung verfügen. Der Anteil der Berufe, die eine Facharbeiter- oder Fachangestellten-Ausbildung erfordern, ist in den vergangenen 25 Jahren, also innerhalb einer Generation, von 45 Prozent auf unter 30 Prozent aller Erwerbstätigen gesunken. Gleichzeitig ist der Anteil der Berufe, die eine (halb-)akademische Qualifikation erfordern, auf über 45 Prozent gestiegen. Die Berufswelt hat sich gewandelt, die Sozialfigur des „deutschen Facharbeiters“ mit seinen Vorstellungen vom richtigen Leben wurde aus der Mitte von Gesellschaft und Politik verdrängt. Nicht nur in der Berufswelt, sondern z. B. auch in der Politik dominieren Akademiker, ihr Habitus, ihre Kultur und Lebensführungsmodelle, ihre in Sprache gegossenen Erfahrungswelten. Viele nichtakademische soziale Schichten und kulturelle, ideologische Milieus erkennen sich nicht wieder, fühlen sich nicht angesprochen, gehört und gemeint. Gleichzeitig sind es diejenigen mit akademischen Qualifikationen, die am ehesten von der Globalisierung profitieren und sich auf transnationalen Arbeitsmärkten bewegen können, die die wichtigen und sozial angesehenen Positionen besetzen.

Da auch linke Politik sich in vielfacher Hinsicht „akademisiert“ hat und zudem mit ihren auf eine andere Verteilung des Reichtums zwischen „oben“ und „unten“ zielenden Vorschlägen in den vergangenen zehn Jahren eher erfolglos war, erleben wir, wie in Teilen der Bevölkerung, in unterschiedlichen sozialen Schichten, soziale Fragen wieder in rechten ideologischen Mustern gedeutet werden: als Etabliertenvorrechte der Einheimischen gegenüber denen da „draußen“, als Kulturkampf gegen die „versifften 68er“ mit ihrem „Genderwahn“, als Renaissance des Nationalismus und nationaler Interessenpolitik, als Wiederkehr des Gegensatzes von Volk und Elite. Wobei darüber, wer zum Volk gehört, gemäß der Sympathie für die Pegida-Bewegung und oder die AfD entschieden wird.

Die Erfolge (rechter) populistischer Politik gehen dann auf ein spezielles Angebot am Ende der Periode neoliberaler Individualisierung zurück: das Versprechen von Zugehörigkeit und Schutz.

Horst Kahrs, Sozialwissenschaftler, arbeitet für die Rosa-Luxemburg-Stiftung

Countdown für den Gipfelsturm

Attac mobilisiert zum G20-Treffen im Juli 2017 in Hamburg

Während weiter um CETA, TTIP und TiSA gerungen wird, findet vom 7. bis 8. Juli 2017 in Hamburg der G20-Gipfel in der Bundesrepublik statt – wenige Wochen vor der nächsten Bundestagswahl.

Ein Blick zurück: Im Zuge der Finanzkrise von 2008 geht das 600-Milliarden-schwere Bankhaus Lehman Brothers pleite. Plötzlich droht eine Kernschmelze des globalen Finanzsystems, ein weltweiter Kollaps von Banken und Versicherungen. Als eine der hektischen Reaktionen auf die Finanzkrise und die einsetzende Rezession wird auf Initiative des französischen Staatspräsidenten Sarkozy, des englischen Premiers Brown und des US-Präsidenten Bush das G20-Gipfelformat der Staats- und Regierungschefs aus der Taufe gehoben. Neben den G7–Staaten und Russland gehören jetzt auch China, Indien, Südkorea, Indonesien, Australien, Brasilien, Argentinien, Mexiko, Südafrika, Saudi-Arabien, die Türkei und die EU dem Kreis der Auserwählten an. Gerade mal acht Wochen nach dem Lehman-Crash findet in New York das erste Treffen statt, begleitet von großspuriger Rhetorik: Nicolas Sarkozy verkündet, ein neues „Bretton Woods" stehe auf der Tagesordnung, d. h. eine Neuordnung der Weltwirtschaft wie zum Ende des 2. Weltkriegs.

Die tatsächlichen Gipfelentscheidungen blieben jedoch weit dahinter zurück. Im Wesentlichen wurden Vorschläge zur Regulierung des Finanzsystems aufgegriffen, die in anderen Institutionen bereits vor dem Lehman-Schock kursierten. Dabei ging es insbesondere um die Regulierung von Banken und Steueroasen, die in der OECD und im Basel-Komitee diskutiert wurden. Das wichtigste Ergebnis der ersten krisengetriebenen Phase der G20 von 2008 bis 2010 war jedoch die Koordinierung der Zentralbanken und von riesigen Konjunkturpaketen, um die Weltwirtschaft vor einem völligen Absturz zu bewahren.

Gleichzeitig wurde schnell klar: Das Ziel der G20 bleibt, den neoliberalen Finanzmarktkapitalismus in nur wenig angepasster Form fortzusetzen: private transnationale Banken, Steuerdumping, Freihandel – alter Wein in neuen Schläuchen!

Mit dem neuen G20-Gipfelformat wurde zwar anerkannt, dass die Weltwirtschaft infolge des Aufstiegs der Schwellenländer wie China und Indien nunmehr viele Pole hat, die sich nicht mehr mittels der G7/8 abbilden lassen. In der Praxis dominierten die G7 aber weiterhin die Gipfel. Inzwischen prägen und lähmen wirtschafts- und geopolitische Konflikte die jährlichen G20-Treffen, vor allem, weil die USA und die EU versuchen, China und Russland einzudämmen.



Foto: Sascha Niethammer

Die Agenda der Gipfel ist inzwischen breit gefächert – für 2017 hat die Bundesregierung die Themen Migration, Klimawandel und Frauenerwerbstätigkeit als Schwerpunkte angekündigt.

G20 in Hamburg – was tun?

Eine größere Mobilisierung von Attac und seinen Bündnispartnern im Sommer 2017 würde die alte Taktik des Gipfelstürmens wieder aufnehmen. Welche politischen Ziele lassen sich heute damit erreichen? In den Jahren zwischen 1994 bis 2007 spielten die Proteste der globalisierungskritischen Bewegung gegen die internationalen Konferenzen der G8, des Internationalen Währungsfonds IWF oder der Welthandelsorganisation WTO eine wichtige Rolle. Es ging darum, der ungebrochenen neoliberalen Hegemonie zumindest symbolisch etwas entgegen zu setzen: „Eine andere Welt ist möglich!" lautete die Parole. In der aktuellen Phase der sozialen Auseinandersetzungen seit 2010 werden hingegen Plätze besetzt: von New York über Madrid bis zum Place de la République lautet die Devise: „Occupy!" Und: Es gelingt, die Risse in der neoliberalen Vorherrschaft zu nutzen, um auf dem Feld der Handelspolitik Regierungen und EU-Kommission tatsächlich unter Druck zu setzen.

Aber noch etwas ist anders als vor 15 Jahren: Der herrschende neoliberale Block wird durch autoritäre Strömungen herausgefordert bzw. Teile von ihm transformieren sich zu einem neuen autoritären Modell. In der Bundesrepublik stehen dafür – nicht nur, aber insbesondere – Pegida, AfD und Teile der CSU/CDU.

Wenn sich im kommenden Sommer die Staats- und Regierungschefs der G20 treffen, dann wollen wir diese öffentlich-mediale Bühne für unsere politischen Ziele nutzen, um laufende Kampagnen und Projekte voranzutreiben und auch neue Themen zu setzen. Und wir wollen kurz vor der Bundestagswahl zeigen, dass es jenseits des neoliberalen Blocks und des autoritär-rassistischen Projekts einen dritten, solidarischen gesellschaftlichen Pol gibt. Der Gipfel ist unsere Chance zu zeigen, dass gerechte globale Alternativen möglich sind, statt nur zwischen CDU- und AfD-Flüchtlingsbekämpfungspolitik entscheiden zu können.

Was unsere Kampagnen angeht: Die Bundesregierung wird versuchen TTIP, CETA und TiSA aus dem Wahlkampf heraus zu halten. Mit einer starken Mobilisierung nach Hamburg können wir ihnen einen Strich durch diese Rechnung machen. In breiten Bündnissen werden nun ein Gegen-Gipfel vor dem offiziellen G20-Treffen, eine Großdemonstration am 8. Juli und weitere Aktionen geplant. Der Countdown zum Protest läuft ab jetzt!

Alexis J. Passadakis, Politikwissenschaftler, Mitglied in der Projektgruppe G20 von Attac

www.attac.de/g20

Widerstand trägt Früchte

CETA und TTIP stehen auf der Kippe



Seit TTIP, das Freihandelsabkommens zwischen den USA und der Europäischen Union, im Juli 2013 zum ersten Mal auf den Plan getreten ist, hat das Projekt eine unglaubliche Gegenmobilisierung in Europa hervorgebracht. Von den ersten Tagen, als TTIP für die meisten nur ein Buch mit sieben Siegeln war, bis heute, wo das Abkommen de facto auf unbestimmte Zeit verschoben ist, haben wir einen enormen Erfolg erreicht.

Während sich viele Aktivitäten auf die Medien und auf die Abgeordneten in den nationalen Parlamenten und in Brüssel fokussierten, hat es gleichzeitig eine konstante internationale Vernetzung gegeben, die der Kampagne gegen TTIP viel Kraft verliehen hat. Organisationen aus verschiedenen Ländern haben ihre Studien und Untersuchungen untereinander ausgetauscht und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Sie haben das Wissen um anfangs unbekannte Begriffe und Regeln miteinander geteilt. Gemeinsame Berichte und Analysen sind geradezu das Markenzeichen dieser Bewegung. Über 2.000 Kommunen haben sich zwischenzeitlich zu TTIP- und CETA-freien Zonen erklärt.

Aber das Wichtigste geschah zwischen Oktober 2014 und Oktober 2015: Die vom STOP-TTIP-Bündnis initiierte selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA wurde zur größten Petition, die jemals in der EU gestartet wurde. In gerade mal zwölf Monaten wurden insgesamt 3.284.289 Unterschriften gesammelt. Das sind 750 Unterschriften pro Stunde während eines ganzen Jahres, 24 Stunden am Tag.

TTIP ist das Projekt der ökonomischen Akteure, Konzerne und Finanzmärkte, nachdem deren vorangegangene Versuche eines vergleichbaren globalen Deals gescheitert waren. Mitte der 1990er Jahre starb das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI), als die französische Regierung ihre Unterstützung zurückzog. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Regierungen von Entwicklungsländern hatten hart dagegen Front gemacht. Danach haben die Multis versucht, günstige Investitionsregeln innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) durchzusetzen. Im Herbst 1999 blockierte eine Koalition aus Gewerkschaftern, Umweltschützern und Aktivisten den WTO-Gipfel in Seattle, und die Delegierten der südlichen Länder nutzten die Gelegenheit, um die Beratungen abzubrechen und die Initiativen der Industriestaaten zurückzuweisen. Die Proteste wurden von der Polizei brutal attackiert, um die globalen Eliten und ihre Geschäftsinteressen zu schützen.

Nach diesen beiden massiven Rückschlägen wurde eine neue Strategie entwickelt. Es wurde beschlossen, die Verhandlungen nur noch zwischen den Industriestaaten in Nordamerika und Europa fortzusetzen, um zu einer Einigung zu kommen – unter Ausschluss von China, Russland und allen Staaten in Lateinamerika, Afrika und Asien. Eine Einigung über ein Handelsregime zwischen diesen beiden Blöcken wäre so stark, dass es dem Rest des Planeten aufgedrückt werden könnte.

Die Zivilgesellschaft, die globalisierungskritischen Aktivisten und die Gewerkschaften in den USA und Europa haben die Herausforderung angenommen. Wir haben unsere Fähigkeiten und Kräfte der beteiligten Gruppen und Organisationen genutzt, um die Argumente des TTIP- und CETA-Lagers zu widerlegen. Wir haben erfolgreich zu großen Demonstrationen in Spanien, Österreich, den Niederlanden und natürlich in Deutschland mobilisiert. Wir haben Konferenzen und Versammlungen abgehalten, Regierungen unter öffentlichen Druck gesetzt und Unterschriften für die europäische Petition gesammelt. Gegen alle Widrigkeiten haben wir es geschafft, das Thema in die Medien zu bringen.

Aber wir haben noch nicht gewonnen. Ein Aktivist auf den Philippinen hat den Zustand des Welthandels als einen Knäuel von Abkommen bezeichnet, die sich alle wechselseitig beeinflussen. Dadurch kann z. B. eine kanadische Firma ein bilaterales Abkommen zwischen Großbritannien und Rumänien ausnutzen, um die rumänische Regierung wegen ihrer Weigerung zu verklagen, eine hochgiftige Goldmine zuzulassen. Und es gibt viele gleichgelagerte Fälle.

TTIP und CETA, TISA und TPP sind alle Teil eines neuen Stadiums des neoliberalen Handelsprojekts, und es sollen noch viele andere kommen. Wir müssen auch die bereits existierenden bilateralen Investitionsabkommen untersuchen und solche, die noch verhandelt werden. Aber was noch wichtiger ist, wir müssen unsere eigene Handelsagenda entwickeln, eine positive Zukunft des Welthandels herausarbeiten, die zum Wohlergehen vieler beiträgt, zum Umweltschutz und zu einer nachhaltigen Entwicklung.

Das politische System ist in einer Krise, und wir stehen vor vielen Gefahren, aber auch vor vielen Gelegenheiten, nicht zuletzt in Großbritannien nach dem Brexit. Wenn wir die Gelegenheiten zu unserem Vorteil nutzen wollen, dann brauchen wir Visionen und Ideen, die uns aus der Defensive gegen die Auswüchse des Kapitalismus herausbringen und uns ermöglichen, uns für die Verwirklichung eines anderen Europas und einer anderen Welt einzusetzen.

Guy Taylor, Trade Campaigner, Global Justice Now



„Attac-Sommerakademie“



„Neoliberalismus ins Museum“, Foto: Stephanie Handtmann

Rückblick

3. bis 7. August 2016
500 GlobalisierungskritikerInnen bei Attac-Sommerakademie in Düsseldorf
In mehr als 100 Veranstaltungen setzen sich über 500 GlobalisierungskritikerInnen und Interessierte aus ganz Deutschland mit der neoliberalen Globalisierung und ihren Folgen auseinander. Vor allem der Widerstand gegen TTIP und CETA sowie die Frage, wie Europa in Anbetracht der Bewegungen der Flucht und Migration solidarisch neu gestaltet werden kann, prägen die Diskussionen.

3. bis 7. August 2016
Attac-Aktionsakademie in Düsseldorf
Ob Sambatrommeln, Adbusting oder Straßentheater: Weil nicht nur politisches Wissen, sondern auch gute Aktionen gelernt sein wollen, findet auf dem Gelände der Sommerakademie parallel auch die Aktionsakademie von Attac statt.

6. August 2016
Kulturschaffende und Attac bringen Neoliberalismus ins Museum
250 Aktive von Attac ziehen zusammen mit Kulturschaffenden in einer politisch-satirischen Performance durch Düsseldorf. Unter dem Motto „Neoliberalismus ins Museum“ präsentieren sie dabei verschiedenste Kunstwerke wie „Die Original-Handtasche von Margaret Thatcher“. Die Objekte werden anschließend dem NRW-Forum für eine Ausstellung über alternative Zukunftsentwürfe übergeben.

14. August 2016
15.000 Aktive beim Weltsozialforum in Montréal
Mit der Verabschiedung eines Kalenders gemeinsamer Aktionen zur Bekämpfung von Armut und Ungerechtigkeit in der Welt geht das Weltsozialforum mit rund 15.000 TeilnehmerInnen aus aller Welt im kanadischen Montréal zu Ende. Gemeinsam mit Partnerorganisationen ruft Attac zu einem Aktionstag gegen Steueroasen auf.

18. August 2016
Neues Attac-Bildungsmaterial erschienen
Unter dem Titel „TTIP & Co: Handelsvertrag sticht Demokratie?“ veröffentlicht Attac neues Bildungsmaterial für Schulen und außerschulische Bildungsarbeit. Es ist die zweite Folge in der Reihe „Wirtschaft demokratisch gestalten lernen“.

19. bis 29. August 2016
Aktionen gegen Braunkohle
Im Rahmen des Klimacamps in Lützerath schlagen rund 1000 Menschen aus ganz Europa ihre Zelte auf, darunter auch einige Attac-Gruppen. Das Camp und die Aktionen richten sich gegen die Zerstörung von Dörfern und Ökosystemen durch die Tagebaue sowie gegen die Auswirkungen der Braunkohleverstromung auf das Klima. Diskutiert werden Alternativen zu einer Wirtschaft, die auf endlosem Wachstum und Ressourcenverbrauch basiert.

25. August 2016
Großfraktionen wollen CETA durch EU-Parlament schleusen
Schon jetzt versuchen Konservative und SozialdemokratIinnen im EU-Parlament, die Weichen dafür zu stellen, CETA ohne breite Debatte durchzuschleusen, wenn sich das EU-Parlament mit dem Freihandelsabkommen befassen muss. Geplant ist, dass sich nur der CETA-freundliche Handelsausschuss (INTA) vor der Abstimmung im Plenum mit dem Abkommen befasst. In einem offenen Brief fordern 89 europäische Organisationen, darunter Attac, die Koordinatoren des INTA-Ausschusses auf, bei ihrer entscheidenden Sitzung alle betroffenen Ausschüsse, wie jene für Umwelt, Soziales, Kultur oder Verbraucherschutz, zu Stellungnahmen zu CETA einzuladen.

1. September 2016
Apple-Urteil: Steuernachforderung der EU richtiger Schritt
Attac unterstützt die Entscheidung von EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager, vom Konzern Apple 13 Milliarden Euro Steuernachzahlungen zu fordern und weitere Konzerne zu prüfen.

3. September 2016
Demonstration gegen die AfD
Mehr als 6.000 Menschen demonstrieren in Berlin für eine solidarische Gesellschaft ohne Rassismus. Sie machen deutlich, dass sie der erstarkenden Rechten und insbesondere dem Aufstieg der AfD nicht kommentarlos zusehen. Auch Attac ist Teil des Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“.

8. September 2016
Erbschaftssteuer: Protestbündnis übergibt 155.000 Unterschriften
Aktive von Verdi, Attac, dem Netzwerk Steuergerechtigkeit und Campact übergeben vor dem Gebäude des Bundesrats 155.000 Unterschriften für eine Besteuerung der Superreichen. Dort berät der Vermittlungsausschuss aus Bundestag und Bundesrat über das umstrittene Erbschaftssteuergesetz. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Privilegien für UnternehmenserbInnen moniert und eine Neuregelung verlangt.

8. September 2016
Bereits 2000 CETA- und TTIP-freie Zonen in der EU
Bereits 2000 Städte, Gemeinden und Regionen in der EU haben sich zu CETA- und TTIP-freien Zonen erklärt. Als Stadt Nummer 2000 schließt sich Karnobat in Bulgarien an.

16. September 2016
Attac-Film zum bedingungslosen Grundeinkommen
Die Attac-AG „Genug für alle“ veröffentlicht den gezeichneten Erklärfilm „Wir brauchen ein bedingungsloses Grundeinkommen“. Dieser kann auf der Webseite der AG angeschaut werden.

17. September 2016
320.000 Menschen fordern Aus für CETA und TTIP
Mehr als 320.000 Menschen demonstrieren bundesweit gegen CETA und TTIP. Wenige Tage vor der EU-Handelsministerkonferenz in Bratislava tragen die BürgerInnen ihren Widerstand gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA in sieben



„Besteuerung für Superreiche"



„320.000 Menschen gegen CETA und TTIP"

Städten auf die Straße. In Berlin demonstrieren 70.000 Menschen, in Hamburg sind es 65.000, in Köln 55.000, in Frankfurt am Main 50.000, in Leipzig 15.000, in Stuttgart 40.000 und in München 25.000.

19. September 2016
CETA: SPD stimmt Machtausweitung der Konzerne zu
Attac kritisiert scharf die Entscheidung des SPD-Parteikonvents, CETA zuzustimmen. Die von SPD-Chef Sigmar Gabriel versprochenen Zusatzerklärungen ändern nichts am Geist des Abkommens.

1. Oktober 2016
Attac-Diskussionspapier zu Flucht und Migration
Unter dem Titel „Flucht und Migration: Herausforderungen für emanzipatorische Politik" veröffentlichen mehrere Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats von Attac ein gemeinsames Diskussionspapier.

3. Oktober 2016
Attac-Tagung „Kohleausstieg jetzt"
Internationale Gäste, WissenschaftlerInnen sowie vom Braunkohletagebau Betroffene und AktivistInnen diskutieren auf der Attac-Tagung „Kohleausstieg jetzt" in Köln, wie ein sofortiger und sozial gerechter Kohleausstieg funktionieren kann.

12. Oktober 2016
Weg mit PEPP
Das Bündnis „Weg mit Pepp" übergibt einen offenen Brief an den Gesundheitsausschuss des Bundestags. Attac kritisiert den Gesetzentwurf für ein neues Entgeltsystem in der Psychiatrie und stellt sich gegen eine weitere Ökonomisierung und Privatisierung im Krankenhausbereich.

14. Oktober 2016
Zweite Chance zur gerechten Erbschaftssteuer vertan
Attac kritisiert die Verabschiedung des revidierten Erbschaftssteuergesetzes im Bundesrat. Auch das neue Gesetz enthält gigantische Steuer-Schlupflöcher für Superreiche und ändert nichts an der ungerechten Einkommensverteilung in Deutschland.

14. Oktober 2016
Fluchtursachen bekämpfen heißt EPAs abschaffen
Attac weist auf die Auswirkungen der in Kraft getretenen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) der EU mit Namibia, Botswana, Swasiland, Südafrika und Lesotho hin. Die Abkommen zerstören Entwicklungschancen und Lebensgrundlagen, so dass weiter Menschen in die Flucht getrieben werden.

28. Oktober 2016
Herbstratschlag des Attac-Netzwerks
Aktive aus ganz Deutschland treffen sich zum Herbstratschlag des Attac-Netzwerks in Frankfurt am Main. Gemeinsam diskutieren sie aktuelle politische Themen, legen die Schwerpunkte von Attac für die kommenden Monate fest und planen die Kampagnen des Netzwerkes. Die Delegierten verabschieden den Haushalt 2016 und wählen die bundesweiten Gremien.

29. Oktober 2016
Attac-Tagung „Eine andere Kommune ist möglich!"
Auf der Kommunentagung von Attac diskutieren die TeilnehmerInnen in Dortmund, wie es um die finanzielle Situation der Kommunen in Deutschland steht, was gegen die Überschuldung vieler Städte und Gemeinden getan werden kann, wie sich dem Privatisierungsdruck standhalten lässt und wie der Wohnungsnot begegnet werden kann.

Ausblick

10. November 2016
Der Gerichtstermin steht – jetzt geht es um die Gemeinnützigkeit von Attac!
Seit April 2014 arbeitet Attac ohne den Status der Gemeinnützigkeit. Vieles wurde seitdem weiterhin auf die Beine gestellt, dank der zahlreichen UnterstützerInnen. Im Kampf um die Wiedererlangung der Gemeinnützigkeit vor dem Finanzgericht Kassel geht es um eine Entscheidung mit Auswirkung auf jedes zivilgesellschaftliche Engagement: Sind politische Aktivitäten mit Gemeinnützigkeit vereinbar, oder stehen sie einer Gemeinnützigkeit entgegen? Der Prozess wird öffentlich sein. Wir laden alle Interessierten herzlich ein teilzunehmen!
www.attac.de/veranstaltungen

25. und 26. November 2016
Alter Summit: „Rights 4 all now!" in Brüssel
In Plenen und Workshops wird über die Dringlichkeit eines sozial-ökologischen Umbaus, die politischen und sozialen Auswirkungen der Digitalisierung und der Internationalisierung von Produktionsprozessen, die Zersplitterung der „neuen europäischen Arbeiterklasse" sowie die Notwendigkeit der Verteidigung und Förderung der Gemeingüter und der Demokratie diskutiert. Ziel ist es, gemeinsame Leitlinien für Analyse und Aktion zu definieren und so die Bewegung für ein anderes, gerechteres Europa voranzubringen. Attac ist an der Organisation des Alter Summits in Brüssel beteiligt.
www.altersummit.eu

21. Januar 2017
Demonstration „Wir haben es satt" in Berlin
Wenn Bayer Monsanto übernimmt, ChemChina mit Syngenta fusioniert und Dow Chemical DuPont schluckt, kontrollieren diese drei Konzerne mehr als zwei Drittel des weltweiten Pestizid- und Saatgutmarkts. Unter dem Motto „Wir haben es satt" werden zahlreiche DemonstrantInnen ihre Forderungen nach einer Agrar- und Ernährungswende auf die Straßen Berlins tragen. Attac ist seit vielen Jahren Mitveranstalter der Demonstration.
www.wir-haben-es-satt.de

Mehr Informationen zu den Terminen:
www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

„Vom Gipfel erwarte ich nichts, von unserem Protest einiges!“

Achim Heier ist gelernter Sozialpädagoge, Schlosser und Industriemeister. Er imkert, kickt, spielt E-Bass, liest viel – und engagiert sich schon seit 2001 bei Attac für eine bessere Welt, seit 2015 auch im Koordinierungskreis. Aktuell bringt er sich unter anderem in den Vorbereitungsprozess zu den Protesten zum G20-Gipfel 2017 in Hamburg ein.



Foto: Attac Bremen

Achim, Du bist fast von Beginn an dabei – warum ausgerechnet Attac?
Für mich passierte die Gründung von Attac in Deutschland genau zum richtigen Zeitpunkt. In unserem kleinen Kreis in Bremen, der aus der Internationalismusbewegung kam, wurde immer deutlicher: Wenn es um die Frage der weltweiten gerechten Verteilung geht, spielen die Finanzmärkte eine große Rolle. Wir hatten deshalb schon 1999 eine Veranstaltung dazu mit Jörg Huffschmid organisiert, wo es auch um die Proteste gegen das multilaterale Investitionsabkommen MAI ging. Ich war also sehr froh, dass da mit Attac bundesweit ein politischer Zusammenhang entstand, der sich genau mit den Themen beschäftigte, die auch mich umtrieben. Das passte wunderbar zusammen. Wir haben dann gleich darauf Attac Bremen gegründet und sind in die Themen eingestiegen. Bundesweit habe ich mich wegen meines Berufs und zwei kleiner Kinder allerdings zu Beginn nicht so engagiert.
Heute sind wir bei Attac Bremen zwanzig bis dreißig Aktive, die gut zusammenarbeiten, ohne sich persönlich profilieren zu müssen. Zuletzt waren wir sehr aktiv zu TTIP und CETA, sind mit unserem Riesenbanner immer wieder an verschiedenen Plätzen in der Stadt aufgetaucht, haben die „Zwangsheirat“ vor dem Dom gespielt. Regelmäßig organisieren wir gemeinsam mit dem Kino „City 46“ die Filmreihe Globale, einige von uns sind in Gruppen zur Gemeinwohlökonomie oder zum Grundeinkommen aktiv, und aktuell beteiligen wir uns an dem neuen Aktionsbündnis Wachstumswende.

Was war Deine Motivation, Dich auch in die bundesweiten Strukturen einzubringen?
Meine Erfahrung hat mir gezeigt, dass wir an der Vernetzung der verschiedenen Ebenen von Attac – lokal, regional und bundesweit – noch einiges zu verbessern haben. Und es gibt nichts Gutes – außer man tut es! Deshalb habe ich mich zuerst für den Rat und dann für den KoKreis beworben. Für die Vernetzung gibt es noch viel zu tun – regelmäßige Regionalkonferenzen können helfen. Außerdem kommt dabei auch den Ratsmitgliedern eine wichtige Rolle zu. Grundsätzlich möchte ich die Attacies ermutigen: Engagiert euch nicht nur vor Ort, sondern auch in bundesweiten Arbeitsgemeinschaften! Die Hemmschwelle ist dabei häufig unnötig hoch; die bundesweiten AGs freuen sich immer über neue Impulse und Unterstützung. Also traut Euch!

Jetzt engagierst Du Dich auch in den Vorbereitungen auf die Proteste zum G20-Gipfel in Hamburg im nächsten Jahr. Was erwartest Du von dem Gipfel?
(lacht:) Also, von dem Gipfel erwarte ich gar nichts, natürlich. Von uns erwarte ich aber einiges! Ich denke, der Gipfel bietet eine öffentliche Aufmerksamkeit, die wir nutzen können, um unser Profil zu schärfen und unsere Sicht, unsere Forderungen möglichst verständlich rüberzubringen. Daran müssen wir ohnehin arbeiten. Und ich hoffe, dass das in einem breiten Bündnis passiert, das auch gegen Spaltungsversuche gut gewappnet ist.
Als Norddeutscher bin ich nahe dran an Hamburg, deshalb fühle ich mich besonders gefordert. Und ich hoffe, dass es vielen norddeutschen Attacies so geht. Am 14. Januar werden wir ja ein spezielles Nord-Treffen zu G20 haben.
Ich wünsche mir, dass wir in der Lage sind, unsere Ideen für eine bessere Welt zu einer gemeinsamen alternativen Erzählung zu machen, die die Leute packt. Viele Themen in Attac laufen noch zu sehr nebeneinander her, dabei gehören sie eng zusammen – unser aktuelles Schwerpunktmotto „Globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden“ bringt das schon ganz gut auf den Punkt, ist aber leider etwas unhandlich. Unsere politischen Alternativen als großes Ganzes, als Gesamtbild so rüberzubringen, dass es verstanden wird und dass mehr Menschen sich davon positiv angesprochen fühlen, das wäre eine große Herausforderung für die Gipfelproteste. Und das kann uns auch in Hinblick auf die kommende Bundestagswahl weiterbringen, bei der wir auch von den Leuten nach alternativen politischen Konzepten gefragt werden.

Hast Du konkrete Wünsche an Attac, auch über den Gipfel hinaus?
Insgesamt wünsche ich mir, dass wir unsere Alternativen besser vermitteln und mehr Einstiege schaffen, wo Menschen mitmachen können – und die Einstiege, die es schon gibt, denen zu erleichtern, die sich engagieren wollen. Wir haben auf Beschluss des letzten Ratschlags die Möglichkeit geschaffen, besonders junge Aktive auf Zeit mit Stipendien zu unterstützen.
Durch die globale Entwicklung wird es immer dringender, soziale Gerechtigkeit und ökologische Transformation zusammen zu denken und danach zu handeln. Das haben wir mit dem Schwerpunktthema versucht, und das sollte weiter gehen.
Und persönlich regt mich weiterhin die skandalöse weltweite Steuervermeidung und die noch unbehelligte Existenz von Steueroasen tierisch auf. Denn dort liegt ein wichtiger Schlüssel zu mehr Verteilungsgerechtigkeit, für mehr Ressourcen für öffentliche Gemeingüter. Das ist ja auch der Kern von „Umverteilen“. Ich will, dass wir zu dem Thema endlich mal etwas schaffen! Die AG „Finanzmärkte und Steuern“ bereitet dazu für das G20-Finanzministertreffen im März 2017 in Baden-Baden etwas vor.

Interview: **Jule Axmann**

Apple, Bayer, Ikea, Eon ...

Kampagne gegen Steuervermeidung



Experten schätzen, dass bereits ein Fünftel des Weltvermögens – das sind circa 40 Billionen Dollar – vor den Steuerbehörden der Staaten versteckt wird und erhebliche Teile der Gewinne von internationalen Konzernen nicht mehr versteuert werden. Heute geht es nicht mehr um einzelne schwarze Schafe wie den Ikea-Patriarchen Kamprad, der schon seit Jahrzehnten die Methoden der Steuervermeidung optimiert hat. Heute müssen wir von schwarzen Herden reden: Es handelt sich um ein international ausgeklügeltes System. Alle machen es: Apple und Deutsche Bank, Google und Bayer AG, Ikea und auch Eon – der weltgrößte Energiekonzern.

Welche Dimension das hat, wird an den großen Unternehmensberatungen deutlich, die mittlerweile alle Lücken der Gesetze weltweit systematisch auswerten und entsprechende Tricks (Angebote) ausarbeiten, die sie Konzernen dann als Dienstleistungen anbieten. Die vier größten dieser Steuervermeidungsindustrie heißen Ernst&Young, KPMG, PriceWaterhouse-Coopers und Deloitte. Sie beschäftigen 720.000 Menschen weltweit, das sind mehr als die beiden größten Autokonzerne General Motors und Toyota zusammen.

Berühmt geworden ist zuletzt der „Double Irish with Dutch Sandwich“, eine Konstruktion unter Beteiligung von vier Tochterfirmen u. a. in Irland, den Niederlanden und den Bermudas, die von zahlreichen US-Konzernen wie Apple oder Google genutzt wurde, um ihre Steuerquote in Europa unter 5 Prozent zu drücken. Umgekehrt sind die besten Verstecke für europäische Firmen Briefkastenfirmen in dem kleinen US-Staat Delaware an der Atlantikküste.

Nicht ohne Grund lag deshalb der Schwerpunkt der Arbeit der AG Finanzmärkte und Steuern in den letzten Jahren auf den Themen Steuervermeidung und –hinterziehung von internationalen Konzernen und Superreichen. Seit der Attac-Kampagne gegen Ikea und für eine Gesamtkonzernsteuer ist das Thema immer mehr in die großen Medien vorgedrungen. Es gibt auch erste Erfolge. Im Oktober 2013 beschloss sogar die G20, die Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer der Welt, nun etwas dagegen zu tun, und die OECD arbeitet ebenfalls seit drei Jahren an Vorschlägen. Die OECD-Experten haben auch tatsächlich einige Verbesserungen genannt. So sollen die Auslieferungslager von Amazon in Deutschland in Zukunft als Betriebe gelten und daher besteuert werden. Bislang galten die Lager nicht als Betrieb, da die Rechnungen alle in Luxemburg geschrieben wurden.

In diesem Jahr ging es in der EU vor allem um die Einführung der Länderberichte der Konzerne und der Unternehmensregister – beides Maßnahmen, um mehr Transparenz herzustellen. So sollen die großen Konzerne Berichte über ihre weltweiten Aktivitäten erstellen, ihre Gewinne, Investitionen, Umsätze und Beschäftigtenzahlen. Auch soll es ein Unternehmensregister geben, damit man nicht mehr Milliarden in anonymen Briefkastenfirmen verstecken kann.

Aber bislang ist die Erwartung wieder mal in vielen Punkten enttäuscht worden. Und Deutschland spielt erneut eine unselige Rolle. Finanzminister Schäuble versuchte ein öffentliches Unternehmensregister und öffentliche Unternehmensberichte zu verhindern. Denn deutsche Großkonzerne wie die Autokonzerne VW, BMW oder Mercedes haben Angst, dass sie in vielen Ländern mehr Steuern zahlen müssen, wenn sie offenlegen, welche Umsätze und Gewinne sie dort machen.

Attac hat deshalb gemeinsam mit Campact, Verdi, dem Netzwerk Steuergerechtigkeit und dem Bund der Kriminalbeamten Aktionen durchgeführt, um so auf die Bundesregierung Druck auszuüben. Dazu gehören auch Aktionen gegen die Erbschaftssteuer.

Karl-Martin Hentschel arbeitet in der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern mit und vertritt Attac im Tax Justice Network.

www.attac-netzwerk.de/ag-finanzmarkt-steuern

Meilenstein in der juristischen Auseinander-setzung Attac ./. Finanzamt

Am 10. November findet vor dem Hessischen Finanzgericht in Kassel die Verhandlung um die Attac-Gemeinnützigkeit statt. Die Frage, über die das Gericht zu befinden hat, lautet zusammengefasst: Sind politische Aktivitäten laut Gesetz mit Gemeinnützigkeit vereinbar, oder stehen sie einer Gemeinnützigkeit entgegen?

Seit April 2014 arbeitet Attac ohne Gemeinnützigkeit. Das Finanzamt Frankfurt ist der Ansicht, Attac nehme einen zu großen Einfluss auf die politische Willensbildung.

Wir freuen uns sehr darüber, dass Attac seit zweieinhalb Jahren breite Unterstützung erfährt – unsere Mitglieder und SpenderInnen haben sich nicht ins Bockshorn jagen lassen, und viele Vereine und Organisationen äußerten sich solidarisch. Die meisten Medien kommentierten den Attac-Fall als einen direkten Angriff auf eine kritische Organisation und damit gleichzeitig auf das Wirken der Zivilgesellschaft im politischen Raum. Der breite Interpretationsspielraum der Finanzämter wird dabei ebenso kritisch gesehen wie eine ausbleibende Klärung durch den Gesetzgeber. Im Kampf um die Gemeinnützigkeit geht es also nicht nur um Attac: Es geht vielmehr um eine Entscheidung mit weitreichender Auswirkung auf jedes zivilgesellschaftliche Engagement.

Alle Infos zum Thema, inklusive der Klagebegründung und Klageerwiderung können auf unserer Homepage nachgelesen werden.

www.attac.de/jetzt-erst-recht

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

Autobahnprivatisierung

Bündnis „Keine Fernstraßengesellschaft“ sammelt Unterschriften



Am 14. Oktober haben sich Bundesregierung und Ministerpräsidenten darauf geeinigt, eine privatrechtliche Infrastrukturgesellschaft für Fernstraßen zu gründen. Das ist der Startschuss für den Einstieg in die Autobahnprivatisierung. Anteile der Gesellschaft können später verkauft werden, außerdem wird so vermutlich das Modell der öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) massiv ausgeweitet. Insgesamt geht es um bis zu 300 Milliarden Euro, die dann den Finanzmärkten zusätzlich zur Verfügung stehen. Dabei stammt das Geld aus Steuern und Gebühren, die ausschließlich der Daseinsvorsorge dienen sollten. Zudem droht, dass das Modell mit der zentralen Infrastrukturgesellschaft als Blaupause dient, um in einem zweiten Schritt beispielsweise auch Schulen zu privatisieren.
Attac und Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) hatten 2015 eine Kampagne gegen diesen neuen Privatisierungsschub gestartet. Im Februar 2016 gründeten sie das Bündnis „Keine Fernstraßengesellschaft“, dem sich unter anderen Verdi, die Straßenwärter-Gewerkschaft VdStra, Robin Wood und die Naturfreunde Deutschlands anschlossen. Mit Campact wurde eine Kooperation vereinbart. Es gelang, ein halbes Jahr eine erste Entscheidung hinauszuzögern. Mit der Einigung vom 14. Oktober beginnt nun allerdings die heiße Phase. Schon im Dezember könnte das Kabinett die für das Vorhaben notwendige Grundgesetzänderung starten. Unter www.gemeingut.org/keine-autobahnprivatisierung werden dagegen Unterschriften gesammelt.
Eine dringende Aufgabe ist es zudem, über die Pläne der Bundesregierung zu informieren und das Vorhaben als Privatisierung zu entlarven. Dazu gibt GiB eine 4-seitige Sonderzeitung heraus. Diese Zeitung wurde am 21.10.2016 der taz beigelegt. Weitere Exemplare sollen innerhalb von Attac und den Bündnisorganisationen verteilt werden. Also bestellt Euch Exemplare dieser Zeitung (www.gemeingut.org/bestellen). Ihr könnt sie an Infoständen verteilen und Euren Abgeordneten vor Ort schicken.

www.gemeingut.org/keine-autobahnprivatisierung

Agrarkonzerne: Finger weg von unserem Essen!

„Wir haben es satt!“-Demonstration am 21. Januar 2017 in Berlin

Die Elefantenhochzeiten im Agrar- und Chemiesektor sind ein Grund zur Sorge für alle, denen es nicht egal ist, woher ihr Essen kommt. Wenn Bayer Monsanto übernimmt, ChemChina mit Syngenta fusioniert und Dow Chemical DuPont schluckt, kontrollieren diese „Big 3“ mehr als zwei Drittel des weltweiten Pestizid- und Saatgutmarkts. Die Konsequenz: Sie könnten nahezu im Alleingang bestimmen, was auf den Äckern gepflanzt wird und was auf unseren Tellern landet.
Deshalb werden am 21. Januar 2017 wieder Zehntausende auf die Straße gehen. Für eine bäuerliche Landwirtschaft, für eine ökologischere Lebensmittelproduktion und für mehr Tierschutz, kurzum: für die Agrar- und Ernährungswende. Doch die Agrarindustrie und die Regierungen in Berlin und Brüssel treiben die Industrialisierung der Land- und Lebensmittelwirtschaft voran. Das führt zu einem Sterben der Höfe und zerstört immer mehr kleine und mittlere handwerkliche Betriebe. Und die europäische Agrarpolitik richtet nicht nur hierzulande Schaden an. Im globalen Süden verursacht sie millionenfach Hunger oder Mangelernährung, überall schwindet die Artenvielfalt, und die Klimakrise verschärft sich von Tag zu Tag.
Zusammen mit Bäuerinnen und Bauern, BäckerInnen, ImkerInnen und anderen LebensmittelhandwerkerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet sagen wir als kritische KonsumentInnen im Januar: Damit muss Schluss sein! Wir wollen Bauernhöfe statt Agrarindustrie, wir wollen gesundes Essen, das sich alle leisten können und wir wollen fairen Handel statt Konzernmacht. Im Bundestagswahljahr machen wir die Agrarwende zum zentralen Thema. Dafür fordern wir gemeinsam: Keine Subventionen an die Agrarindustrie und keinen Cent mehr für nicht-artgerechte Tierhaltung! Antibiotikaanwendung bis 2020 um mindestens 50 Prozent reduzieren, Überdüngung stoppen und Pestizideinsatz massiv reduzieren! Megakonzerne aufbrechen, Elefantenhochzeiten verhindern und TTIP, CETA sowie EPAs verhindern!
Attac ist seit vielen Jahren Mitveranstalter der Demo und beteiligt sich auch dieses Mal wieder an der Mobilisierung. Wenn Ihr Busse organisieren oder Material bestellen wollt, meldet Euch im Demo-Büro bei Nicola Arnold (arnold@wir-haben-es-satt.de) oder telefonisch unter der Nummer 030-28482438.

www.wir-haben-es-satt.de

Abgeordnete unter Druck – mach den CETA-Check!

Nehmt Eure EuropaparlamentarierInnen ins Kreuzverhör! Das geht sehr einfach mit der Webanwendung CETA-Check, die als Nachfolgerin der erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative ins Leben gerufen wurde. In ganz Europa können damit aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger ihren nationalen Gewählten die Gretchenfrage stellen, sie aus ihrer Deckung holen und mit unseren Argumenten gegen CETA konfrontieren. Die Antworten werden online dokumentiert – das Programm leistet höchst wertvolle Unterstützung bei unserer grenzübergreifenden Abgeordnetenarbeit.

Nachdem die in die SPD gesetzten Hoffnungen, Gabriels CETA-Manie per Parteibeschluss zu stoppen, enttäuscht wurden, setzen wir nun beim nächsten Schritt der Ratifizierungsphase an, und zwar beim Europaparlament. Voraussichtlich im Dezember 2016 oder Januar 2017 soll, dem engen Zeitplan der EU-Kommission zufolge, dort abgestimmt werden. Danach würden große Teile von CETA vorläufig angewendet, unabhängig von der weiteren Ratifizierung des Abkommens in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Fangt also gleich mit dem CETA-Check an – jetzt zählt jeder Tag!

„Der Worte sind genug gewechselt. Lasst uns endlich Taten sehen!“

Für den 28.10. (nach Redaktionsschluss dieses Heftes) plant die EU-Kommission die offizielle Unterzeichnung von CETA. Mit diesem Ereignis zündet die zweite Stufe von CETA-Check: Wir fokussieren uns direkt auf das Abstimmungsverhalten, und Ihr könnt einzelne oder auch alle Mitglieder einer deutschen EP-Parteifraktion gleichzeitig dazu auffordern, CETA zu stoppen.

„Bernd Lange! Mir grauts vor Dir.“ (Bernd Lange ist Vorsitzender des zuständigen EP-Ausschusses für internationalen Handel (INTA), außerdem SPD-Abgeordneter)

Helft mit, dem Grauen ein Ende zu bereiten! Gleich aufrufen und mitmachen:

www.attac.de/ceta-check

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069–900 281–10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl, Frauke Distelrath, Achim Heier, Stephanie Handtmann, Werner Rätz, Gabriele Rohmann
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069–900 281–10
oder per E-Mail an:
info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN
Der CO_2-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Wer die G20 einlädt, lädt auch den Protest mit ein!

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus: Vom 6. bis 9. Juli 2017 treffen sich in Hamburg die Staatschefs der G20-Länder. Die Ankündigung dieses Termins bedeutet für Attac den Startschuss für eine große Mobilisierung zu Protesten und Gegenveranstaltungen. Für uns ist klar: Die Welt ist aus den Fugen – wir brauchen soziale Gerechtigkeit statt G20! Denn bei aller Unterschiedlichkeit der einzelnen Staaten bilden die G20 eine Koordinierungsstelle des globalen Kapitalismus und stehen damit für eine Politik zugunsten globaler Konzerne, für Freihandelsverträge und Naturzerstörung, für Kriege und Vertreibung. Sie sind dabei Teil des Problems, nicht die Lösung.
Weltweit kämpfen Menschen für eine gerechte Weltwirtschaftspolitik statt TTIP, CETA, TiSA, WTO und Co, für einen sofortigen Kohleausstieg, für ein menschenwürdiges Leben. Doch die G20 handeln nicht im Interesse der Mehrheit der Menschen – wir müssen unsere Anliegen selbst formulieren und für sie kämpfen! Wir haben die Planungen zum Gipfel aufgenommen; ein weiter Weg liegt dabei noch vor uns, der viel Zeit und Geld kosten wird. Doch der Gipfel ist eine gute Gelegenheit, unsere politischen Alternativen öffentlich zu machen. Das wollen wir nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Für eine starke Protestbewegung zum G20-Gipfel – Deine Spende hilft uns dabei!

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden kannst Du uns ganz unkompliziert unterstützen. Herzlichen Dank!



Hinweis

Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; die Gemeinnützigkeit wurde Attac im April 2014 vom Finanzamt Frankfurt entzogen. Gegen diese Entscheidung klagt Attac vor dem Finanzgericht; bis zum Abschluss des juristischen Verfahrens bzw. der Anerkennung unserer Gemeinnützigkeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter
www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE57 4306 0967 0800 1008 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF1604

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE